



Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 03.07.2017

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 26.06.2017, 16:00 Uhr bis 19:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anneliese Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Andreas Pöttgen	SPD-Fraktion
Frau Gisela Stahlhofen	Fraktion DIE LINKE

Beratende Mitglieder

Herr Alexander Kau	auf Vorschlag der Alternative für Deutschland
Frau Lisa Hanna Gerlach	auf Vorschlag der Piraten
Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Roth	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU

Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Herr Reinhold Goss	Stadtschulpflegschaft Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Manuela Laukat	Stadtschulpflegschaft Köln
Herr Luis May	BezirksschülerInnenvertretung Köln

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
------------------------------------	-----

Beratende Mitglieder

Herr Bodo Busch	Arbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Ebru Coban	Integrationsrat
Frau Hildegard Fuhrmann	SPD
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche
Frau Bettina Levy	Synagogengemeinde Köln
Frau Sarah Niknamtavin	BezirksschülerInnenvertretung Köln

Zu Beginn der Sitzung schildert Frau Stark von der Stadtschulpflegschaft als Vertreterin der Demonstration für mehr Schulplätze beispielhaft die Probleme an der Brüder-Grimm-Schule in Sürth: Fenster lassen sich seit dem Einbau von Akustikdecken nur gekippt öffnen, die Turnhalle steht wegen Instandsetzung nicht zur Verfügung, Toiletten sind verschmutzt, Spielgeräte werden von Baucontainern blockiert, der Schulhof ist zu klein, Unterricht fällt häufig aus, in den Verwaltungsgebäuden hat sich Schimmel gebildet, die Klassenreinigung findet nur sporadisch statt. Zur Lösung der geschilderten Probleme nicht nur an dieser Schule fordert sie unbürokratische und schnelle Lösungen.

Herr Dr. Schlieben versichert, dass alle Mitglieder des Ausschusses für Schule und Weiterbildung und die Verwaltung die Probleme kennen und stetig versuchen, Maßnahmen zur Lösung zu beschließen. Es gebe aber Probleme mit der Umsetzung der Beschlüsse.

Frau Dr. Klein sieht in dem Programm „Gute Schule 2020“ eine Chance, dass sich an vielen Schulen schon bald Verbesserungen umsetzen lassen. Dazu ist sie im ständigen Gespräch mit vielen Kölner Schulen mit ähnlichen Problemen.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Broschüre zur Vorlage 1853/2017 Rucksack, Koordinierte Sprachförderung und Elternbildung, Fotodokumentation (TOP 5.10) ausgelegt wurde.

Zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie folgt ergänzt:

- Der Antrag unter TOP 2.1,
- die Anfragen unter TOP 3.1.5 bis 3.1.7 (Tischvorlagen), sowie die neuen Anfragen unter TOP 3.2.2 und 3.2.3,
- die Vorlagen unter TOP 4.3 bis 4.9 (4.9 ist eine Tischvorlage),
- die Mitteilungen unter TOP 5.11 bis TOP 5.12 (die letztgenannte als Tischvorlage) und die Mitteilungen über Schulleitungsbestellungen unter TOP 11.1 bis 11.6 (davon 11.4 bis 11.6 als Tischvorlagen).

Die ergänzte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen
- 1.2 Gleichstellungsrelevante Themen
- 1.3 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 1794/2017

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 2.1 Digitale Bildung in der Schule – spielend leicht Programmieren lernen AN/0903/2017

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1 Frühere Anfragen
 - 3.1.1 Schutzdach bei Containeranlagen für Schulen
Stellungnahme zu dem Antrag AN/0271/2017 der FDP-Fraktion vom 20.02.2017
1395/2017

- 3.1.2 Aktuelle Situation der Beschulung neu zugewanderter Kinder und Jugendliche (4370/2016)
1453/2017
- 3.1.3 Schulformwechsel zum SJ 2015/16 und Abgänge 2015
0907/2017
- 3.1.4 Mündliche Nachfrage von Herrn Ciesla-Baier zur Vorlage 0746/2017 in der Sitzung vom 25.04.2017
1603/2017
- 3.1.5 Fehlende Räumkapazitäten, Schulbaunotstand, Computerräume ./.. Containereinheiten
1973/2017
- 3.1.6 100. Geburtstag von Heinrich Böll
1986/2017
- 3.1.7 Beantwortung der Anfrage AN/0435/2017 nach § 4 Geschäftsordnung des Rates zu Sachmittelzulage pro Schüler
1834/2017
- 3.2 Neue Anfragen
 - 3.2.1 Alternative Planungen für den „Altbau“ der Carl-von-Ossietsky-Gesamtschule AN/0855/2017

"Alternative Planungen für den "Altbau" der Carl-von-Ossietsky-Gesamtschule"
1858/2017
 - 3.2.2 Reinigung in Schulen verbessern
AN/0933/2017
 - 3.2.3 Feinstaubmessungen rund um Kölner Schulen
AN/0938/2017
- 4 Vorlagen der Verwaltung**
 - 4.1 Errichtung eines Bildungsgangs Elektroniker und Elektronikerinnen für Automatisierungstechnik am Werner-von-Siemens- Berufskolleg (BK 19)
1548/2017
 - 4.2 Einleitung von Vergabeverfahren und Abschluss von Rahmenverträgen für den Schulbereich
1497/2017

- 4.3 Zügigkeitserweiterung des Stadtgymnasiums Köln-Porz, Gymnasium Humboldtstraße 2-8, 51145 Köln in Köln-Porz zum Schuljahr 2018/19 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen 1714/2017
- 4.4 Zügigkeitserweiterung des Genoveva-Gymnasiums, Gymnasium Genovevastraße 58-62, 51063 Köln in Köln-Mülheim zum Schuljahr 2018/19 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen 1715/2017
- 4.5 Erweiterung der Realschule am Rhein, AufbauRS Niederichstraße 1-3, 50668 Köln in Köln Altstadt/Nord nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen um einen Realschulzweig im 5. und 6. Schuljahr, aufbauend ab Schuljahr 2018/19 mit Umzug in die BAN 1718/2017
- 4.6 Zügigkeitserweiterung der Käthe-Kollwitz-Schule, Realschule Petersenstraße 7, 51109 Köln in Köln-Brück zum Schuljahr 2018/19 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen 1720/2017
- 4.7 Zügigkeitserweiterung des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Gymnasium Severinstraße 241, 50676 Köln in Köln-Altstadt/Süd zum Schuljahr 2018/19 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen 1721/2017
- 4.8 Zügigkeitserweiterung der Grundschule Flittard, GGS Am Feldrain, Am Feldrain 10, 51061 Köln-Flittard gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 2,5 auf 3 Züge 1722/2017
- 4.9 Stellenmehrbedarf zur Umsetzung des Landesförderprogramms "Gute Schule 2020" 1437/2017
- 5 Mitteilungen**
- 5.1 VHS Köln als Beratungsstelle für Fachberatung zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen zugelassen 1363/2017
- 5.2 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln" Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Sozialraum Meschenich und Rondorf 1420/2017
- 5.3 Geplante Realisierung einer Gesamtschule Lindenthal an den Teilstandorten Berrenrather Straße und Euskirchener Straße 1219/2017

- 5.4 Jahresbericht 2016 des Amts für Weiterbildung/Volkshochschule liegt vor
1595/2017
- 5.5 BAMF zu Gast bei der VHS Köln
1643/2017
- 5.6 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln"
Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Sozialraum
"Buchheim und Buchforst sowie Mülheim-Nord und Keupstraße"
1534/2017
- 5.7 Bericht über den Besuch einer Kölner Bildungsdelegation in Peking und
Shanghai im Mai 2017
1739/2017
- 5.8 Aktueller Planungsstand zur Realisierung von Jugend- und Bildungsinfrastruktur
im Bereich Sürther Straße/Am Feldrain und Eygelshovener Straße
1653/2017
- 5.9 Schulentwicklungsplanerische Konzeption für den Schulstandort
Heerstraße 7, 51143 Köln
1710/2017
- 5.10 Rucksack, Koordinierte Sprachförderung und Elternbildung,
Fotodokumentation
1853/2017
- 5.11 KOMM-AN NRW
Programm zur Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Kommunen
und zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in der
Flüchtlingshilfe – Sachstandsbericht 2017
1862/2017
- 5.12 Ergebnis der Bedarfsabfrage bei Eltern ohne erfüllten Erst- und Zweitwunsch
hinsichtlich von Mehrklassen des Georg-Büchner-Gymnasiums in Widdersdorf
/ Beratungsgespräch mit Eltern / Lösungen für wohnortnähere Schulplätze
1994/2017

6 Anfragen

7 Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Gleichstellungsrelevante Themen

9 Personalien

10 Vorlagen

11 Mitteilungen

11.1 Besetzung der Stelle der Schulleitung an der Städtischen
Förderschule Geistige Entwicklung Auf dem Sandberg in Köln-Poll
1640/2017

11.2 Besetzung der Stelle der Schulleitung an der Städtischen Förderschule mit
dem Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung Berliner Straße
975 in Köln-Dünnwald
1639/2017

11.3 Besetzung der Stelle der Schulleitung am Elisabeth-von-Thüringen-
Gymnasium Nikolausstraße in Köln-Lindenthal
1460/2017

11.4 Besetzung der Stelle der Schulleitung an der Kaiserin-Augusta-Schule,
Städtisches Gymnasium Georgsplatz in Köln Altstadt/ Süd
1979/2017

11.5 Besetzung der Stelle der Schulleitung am Lessing-Gymnasium Heerstr. 7 in
Köln-Porz
1984/2017

11.6 Besetzung der Stelle der Schulleitung an der Gesamtschule Holweide,
Burgwiesenstraße in Köln-Holweide
1998/2017

12 Anfragen

13 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 1794/2017

Herr Philippi, SPD-Fraktion, sieht kein Konzept zur Umsetzung der am 21.03.2017 im Gespräch mit der Oberbürgermeisterin besprochenen und durch den Rat am 04.04.2017 beschlossenen Maßnahmen durch die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Er vermisst eine konkretisierende Vorlage zur konzeptionellen Beseitigung des Schulbaunotstandes. Er fragt nach, wie gravierend das Problem defekter Lüftungsanlagen in Schulen ist und ob es so dringend sei, dass die beschlossenen Prioritäten überarbeitet werden müssten.

Auch Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wünscht sich nähere Ausführungen zum Stand der Umsetzung des Maßnahmenpaketes. Er kann noch keinen Beginn feststellen. Das kommende Jahr sei für die Einholung von Baubeschlüssen für den modularen Schulbau zu spät. Beim Wasseramselweg ist vermerkt, dass die Maßnahme bei der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln noch nicht personalisiert sei, wobei man bereits über einen Interimsstandort verhandele. Schließlich möchte er wissen, ob der Vertragsschluss mit dem Partner aus dem Public Private Partnership (ÖPP) für die Willy-Brandt-Gesamtschule Höhenhaus im Mai wie angekündigt erfolgt ist.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, wünscht sich regelmäßige Berichte von der Projektgruppe, die zur Umsetzung der in Anlage 1 genannten Maßnahme eingerichtet wird. Sie möchte wissen, ob die in Anlage 2 erwähnten Container beschafft wurden und ob diese tatsächlich zu Beginn des kommenden Schuljahres schadstofffrei in Betrieb genommen werden können. Zum Wasseramselweg habe sie gehört, dass der Interimsstandort nicht wie ursprünglich vorgesehen zur Verfügung stehe.

Frau Dr. Klein berichtet, dass die Planungen zu den in Anlage 1 genannten 15 Maßnahmen an 11 Standorten begonnen wurden. Dazu seien auch keine weiteren Beschlüsse erforderlich. Sobald sie sicher ist, dass die Projektgruppe der Gebäudewirtschaft mit der Umsetzung begonnen hat, wird sie diese Maßnahmen aus dem Aktionsbündnis herausnehmen, um die nächsten Maßnahmen zu planen. Die Schulcontainer können zu Beginn des kommenden Schuljahres in Betrieb gehen. Leichte Verzögerungen bis zu 4 Monaten kann es an den Standorten Nussbaumer Straße und Fußballstraße geben, wo man die bestehende Situation mit den Containern verbessern möchte. Am Wasseramselweg werden zum Schuljahr 2018/2019 dringend zusätzliche Schulplätze benötigt. Die Erschließungssituation und die Vergabe sind dort schwierig und das Thema wird im kommenden Verwaltungsvorstand besprochen.

An der Gesamtschule Nippes möchte die Verwaltung 2 zusätzliche Züge einrichten und bereitet eine entsprechende Vorlage vor. Der Schulleiter der Willy-Brandt-Gesamtschule hat Frau Dr. Klein berichtet, dass die Maßnahme dort gut mit der Schule abgestimmt wird. An der GGS Sürther Hauptstraße konkretisieren sich die

Ankaufsverhandlungen für ein benachbartes Grundstück. Hierdurch wird die Aufstellung von Containern auf dem Schulgrundstück der GGS Sürther Straße möglich, um im Vorgriff auf die Fertigstellung des Neubaus der EMA (Ernst-Moritz-Arndt-Schule, EGS Mainstraße) auf dem Sürther Feld dringend erforderliche Grundschulplätze zu schaffen..

Herr Gerhards, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, erklärt, dass die Berichterstattung der Presse über defekte Lüftungsanlagen den Zustand in der Vergangenheit schilderte. Aktuell sei das Problem nicht mehr so gravierend. Herr Höing und Frau Rinnenburger werden in der kommenden Sitzung des Betriebsausschusses der Gebäudewirtschaft gesondert über den aktuellen Sachstand informieren. Die Submission für die modulare Bauweise in der Friedrich-Karl-Straße sei für das laufende Jahr vorgesehen, wobei der Baumarkt eingeschränkt sei und die Kosten aktuell merklich steigen. Für Planung und Umsetzung der Schule am Wasseramselweg steht der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln momentan nicht genügend Personal zur Verfügung. Die Gespräche mit Hochtief, dem ÖPP-Partner für die Errichtung einer Mensa an der Willy-Brandt-Gesamtschule, wurden zur Klärung von Unklarheiten geführt, aber der Vertrag wurde noch nicht unterzeichnet, weil das Angebot überarbeitet werden muss. Auf Grund der aktuellen Auftragslage bei den Containerherstellern rechnet Hochtief damit, dass eine Umsetzung im laufenden Jahr kaum möglich ist. Zum Maßnahmenpaket aus der Anlage 1 teilt Herr Gerhards mit, dass das Organisationsteam aktuell zusammengestellt wird. Die Art und Weise der Berichterstattung werde anschließend zunächst intern abgestimmt.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), erinnert daran, dass in der Vergangenheit mehrfach Containerbauten nicht rechtzeitig in Betrieb genommen werden konnten, weil die Freimessung von Schadstoffen zu Verzögerungen führte.

Herr Gerhards antwortet, dass man in den Verträgen festgelegt habe, dass der Auftragnehmer zum Stichtag der Inbetriebnahme gegebenenfalls durch Kompensationsmaßnahmen oder durch Lüftung dafür zu sorgen hat, dass die Räume zur Verfügung stehen. Für alle genannten Standorte wurden Aufträge vergeben und die Bauanträge wurden gestellt.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), kann nicht verstehen, warum nur für 9 von insgesamt 30 im Aktionsbündnis besprochenen Maßnahmen ein Bericht vorliegt. Nur bei einer einzigen Maßnahme findet er einen Termin zur Umsetzung.

Frau Dr. Klein erklärt, dass man im vergangenen Jahr insgesamt rund 200 Maßnahmen in die Bauliste aufgenommen hat, von denen einige zurückgestellt wurden. Es ist zeitlich nicht möglich, bei jeder Sitzung alle Maßnahmen zu besprechen. Die beschriebenen Maßnahmen sind die komplexesten und dringlichsten. Auch die anderen Maßnahmen werden parallel bearbeitet, ohne dass sie bei den Sitzungen besprochen werden. Bei Hinweisen auf Probleme wird die Tagesordnung des Aktionsbündnisses jeweils aktualisiert.

Herr Dr. Schlieben bittet um eine jährliche Übersicht zum Stand der Dinge für alle Maßnahmen mit Auflistungen, was umgesetzt wurde und was aus welchen Gründen nicht umgesetzt werden konnte. Auch die Dauer der Verzögerung sollte dabei benannt werden. Er schlägt vor, im Herbst ein Verfahren abzustimmen.

Frau Nessler-Komp fragt nach, ob der Interimsstandort am Wasseramselweg im August 2018 bereitsteht.

Herr Gerhards berichtet, dass derzeit das Vergabeverfahren vorbereitet werde.

Herr Dr. Schlieben betont, dass die Gesamtschule am Standort Wasseramselweg im August 2018 starten soll und bittet die Verwaltung darum, dieses möglich zu machen und bis zur nächsten Sitzung zu klären.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Digitale Bildung in der Schule – spielend leicht Programmieren lernen AN/0903/2017

Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, SPD-Fraktion, führt aus, dass vor dem Hintergrund des Mangels an Fachkräften digitale Bildung spätestens mit dem dritten Schuljahr beginnen sollte. Da bereits Kinder mit Handy und Laptop umgehen, sollten alle Kinder gleichermaßen befähigt werden, diese zu nutzen. Mit einfachen Programmierungskits als Pilotprojekt für die Grundschule lassen sich die Grundlagen spielerisch erlernen. Parallel müssen die Lehrkräfte für einen offenen Umgang mit der Digitalisierung gewonnen und in computergestütztem Unterricht fortgebildet werden. Durch digitale Bildung lassen sich Teamarbeit und Problemlösungskompetenzen vermitteln. In Saarland und Bremen sei das Pilotprojekt bereits flächendeckend eingeführt worden.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erklärt, dass seine Fraktion sich dem Antrag grundsätzlich anschließt. In einer Pilotphase sei es jedoch sinnvoll, zunächst die Ergebnisse abzuwarten. Deshalb schlägt seine Fraktion vor, die Punkte 4 und 5 des Antrages zu streichen, weil sie verfrüht sind. Den anderen Punkten könne man zustimmen, wenn in Punkt 2 ein angemessener Zeitraum gewährt wird: Zunächst müssten Schulen gefunden werden, die mitmachen. Diese müssen dann ausgestattet werden und genügend Zeit zur Erprobung bekommen, um anschließend über ihre Erfahrungen zu berichten.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), stellt fest, dass ihre Fraktion grundsätzlich nichts gegen Digitalisierung hat, den Antrag aber ablehnt, weil er wenige ausgewählte Schulen bevorzugt. Stattdessen sollte man besser ein einheitliches Medienkonzept für alle Schulen entwickeln mit Breitbandanschluss für alle Schulen und einer fundierten Ausbildung im digitalen Bereich.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, schließt sich für ihre Fraktion den Ausführungen von Herrn Thelen an und schlägt ebenfalls vor, die Punkte 4 und 5 bis zu einer Auswertung des Pilotverfahrens zu streichen.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, vermisst ein Gesamtkonzept und verweist auf die Anträge und Anfragen der Fraktion Die Piraten. Zunächst sollte der Medienpass NRW eingeführt werden. Ein Pilotprojekt habe zu wenig Breitenwirkung.

Frau Stahlhofen, Fraktion Die Linke, beantragt, an Stelle einer vorschnellen Aktion den Antrag in einen Prüfauftrag an die Verwaltung umzuformulieren. In den ersten Schuljahren müsse man mehr Hintergrundinformationen zum Umgang mit Computern und dem Internet vermitteln.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), führt aus, dass Digitalisierung mehr in der Tiefe betrachtet werden müsse und nicht nur Konsumanreize geschaffen werden dürfen. Die Prüfung solle sich auch auf mögliche pädagogische Inhalte und

auf die Gefahren der Nutzung von Smartphones beziehen bevor man flächendeckend einkauft.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin (CDU), weist darauf hin, dass Projekte wie das i-Phone-Projekt Anstöße für die Schulen geben können. An ihrer Schule werden i-Pads mittlerweile für jeden aufzunehmenden Schüler und für jede Schülerin beschafft. An ihrer Schule gebe es mittlerweile zahlreiche digitale Projekte. Jedes Projekt habe die Chance, flächenmäßig umgesetzt zu werden. Konzepte dagegen führen nicht automatisch zu einer Umsetzung. Deshalb schlägt sie vor, den Antrag zu unterstützen. Wichtig sei eine parallel von der Bezirksregierung durchzuführende Lehrerqualifizierung.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, befürchtet, dass sich an dem Projekt nur die Schulen beteiligen werden, die bereits in der digitalen Bildung engagiert sind. Außerdem kann sie nicht nachvollziehen, warum ausgerechnet der vorgeschlagene Minicomputer „Calliope-Mini“ des führenden Software-Anbieters bestellt werden soll. In diesem Falle könne man die Ergebnisse des Pilotversuchs im Saarland und aus Bremen abwarten, statt eine eigene Pilotphase zum gleichen Modell durchzuführen. Nötig sei ein einheitliches Konzept für alle Schülerinnen und Schüler.

Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes ist für ihre Fraktion bereit, den Antrag wie von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der CDU-Fraktion gewünscht zu ändern. Zur Auswertung könne man eigene Ergebnisse kontrollieren oder auf die Ergebnisse aus dem Saarland und Bremen zurückgreifen.

Frau Halberstadt-Kausch, SPD-Fraktion, erklärt, dass der Pilotversuch darauf ausgerichtet sei, dass die Kinder nicht kritiklos mit i-Pad und anderen Geräten umgehen und ein Grundverständnis zum Umgang damit und zu den Hintergründen erlernen. Ein Pilotprojekt sei ein praktischer Prüfauftrag. Wenn Köln die Internethauptstadt Deutschlands sein möchte, könne man nicht passiv die Ergebnisse anderer abwarten. Mit kleinen einfachen Geräten kann man den Kindern in der Grundschule ein Grundwissen vermitteln, damit sie nicht kritiklos mit ihren i-Pads spielen.

Herr Dr. Schlieben lässt daraufhin zunächst über den geänderten Antrag der Fraktion Die Linke und anschließend über den gemeinsam geänderten Antrag von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Geänderter Beschluss auf Vorschlag der Fraktion Die Linke:

Es soll ein Prüfauftrag an die Verwaltung erteilt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mit der Stimme der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion **mehrheitlich abgelehnt.**

Geänderter Beschluss auf Vorschlag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der CDU-Fraktion:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

"1. Der Rat beauftragt die Verwaltung ein Pilotprojekt zum Einsatz von Mini-Computern an Grundschulen zu initiieren. In einem ersten Schritt sollen einzelne Grundschulen bzw. einzelne Klassenzüge mit dem auf dem nationalen IT-Gipfel vorgestellten und im Saarland und Bremen bereits im Einsatz befindlichen „Calliope Mini-

Computer“ ausgestattet werden, so dass die dort gewonnenen Erfahrungen für Köln genutzt werden können.

Hierzu soll abgefragt werden, welche Schulen interessiert sind und auch bereits über das erforderliche technische KnowHow in der Lehrerschaft verfügen, um eine entsprechende Begleitung in der Pilotphase sicherzustellen.

2. **Nach einem angemessenen Zeitraum** sollen die teilnehmenden Schulen in einem kurzen Bericht darstellen, welche Erfahrungen sie mit dem Mini-Computer gemacht haben, damit diese für die weitere Verbreitung genutzt werden können.

3. Parallel wird die Verwaltung gebeten, entsprechende Mini-Computer anderer Hersteller zu prüfen und mit Blick auf Kosten und Einsatzmöglichkeiten dem „Calliope“-Produkt gegenüberzustellen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche Finanzierungsmöglichkeiten für einen flächendeckenden Einsatz von Mini-Computern in Frage kommen – insbesondere ist zu prüfen, ob hierfür Mittel aus dem „DigitalPakt#D“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zum Einsatz kommen können.“

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke gegen die Stimme der FDP-Fraktion **mehrheitlich zugestimmt.**

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Schutzdach bei Containeranlagen für Schulen Stellungnahme zu dem Antrag AN/0271/2017 der FDP-Fraktion vom 20.02.2017 1395/2017

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

3.1.2 Aktuelle Situation der Beschulung neu zugewanderter Kinder und Jugendliche (4370/2016) 1453/2017

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

3.1.3 Schulformwechsel zum SJ 2015/16 und Abgänge 2015 0907/2017

Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin (SPD), bedankt sich bei der Verwaltung für die vorgelegten Zahlen. Interessant sei, dass 441 Abschlüssen 436 Aufschulungen gegenüberstehen: Die Übergänge in die Sekundarstufe II wurden dabei als Aufschulungen erfasst, während in der Sekundarstufe I nur 61 Schülerinnen und Schüler aufgeschult wurden. Interessant seien auch die Zahlen der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die von Regelschulen zurück in Förderschulen wechseln.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), fragt sich, warum Schülerinnen und Schüler aus Gesamtschulen in Haupt- und Realschulen wechseln, obwohl diese eigentlich die Haupt- und Realschulen ersetzen sollten. An der Hauptschule Großer Griechenmarkt habe man ihr gesagt, dass die Gesamtschulen Kinder dorthin abgeben, mit welchen sie nicht klarkommen.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, fragt, welche pädagogischen Konsequenzen man daraus zieht, dass Kinder von Gesamtschulen an Förderschulen wechseln und umgekehrt.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), weiß zu berichten, dass dies oftmals dem Elternwillen entspricht.

Auch Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, lobt die wichtigen Informationen der Mitteilung. Er interessiert sich dafür, was mit den Schülerinnen und Schülern ohne einen Abschluss geschieht.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin (CDU), bedauert, dass die Berufskollegs mit ihren vollzeitschulischen Bildungsgängen in der Statistik nicht enthalten sind, obwohl sie auch zur Fachhochschulreife und zum Abitur führen. Sie wünscht sich eine entsprechende Ergänzung und eine jahrgangswise Fortschreibung als Grundlage für die Schulentwicklungsplanung.

Herr Dr. Schlieben bedankt sich im Namen seiner Fraktion für die ausführliche Mitteilung. Er wiederholt den Wunsch, dass entsprechende Zahlen dem Ausschuss jährlich vorgelegt werden.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass hinter 441 Abschlüssen ebenso viele Einzelschicksale stehen. Auch die Zahlen der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss müsse man beobachten, auch wenn Köln hier unter dem Landes- und Bundesschnitt liege. Auch das Regionale Bildungsbüro setzt sich mit der Frage auseinander, wie man diese Zahlen reduzieren könnte um den Betroffenen eine zweite Chance zu geben. Schulsozialarbeit kann hier unterstützen. Auffällig sei auch der sich andeutende Trend zurück an die Förderschulen. Aktuell belaste die Inklusionsdebatte den Prozess. Sie sagt zu, zu prüfen, ob auch für die Berufskollegs entsprechende Daten vorliegen und eine Auswertung erfolgen kann..

Frau Ruffen mahnt, dass man den Elternwunsch auch weiterhin erfüllen müsse. Der Trend ist, dass die Anmeldezahlen an Haupt- und Realschulen zurückgehen und Förderschulen zwingend erhalten bleiben müssen so lange die Regelschulen nicht entsprechend für Inklusion ausgestattet sind. Da die Zahlen nach Deutschen und Ausländern getrennt erfasst sind, bittet sie um eine Definition des zu Grunde gelegten Ausländerbegriffs.

Herr Pfeuffer erklärt, dass Kinder mit ausländischer Staatsbürgerschaft (Pass) als Ausländer ausgewiesen werden. Andere Auswertungsmöglichkeiten sind nicht verfügbar. .

Frau Riedel geht davon aus, dass die Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss, die in Ausbildungsvorbereitungsklassen oder in Berufsausbildung an Berufskollegs sind, nicht in den vorgelegten Zahlen erfasst wurden. Diese Angebote könnten vom Schulträger gestärkt werden.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), stellt fest, dass in Bezug auf Abschlüsse die Förderschulen besser abschneiden als die Hauptschulen. Er folgert daraus, dass die Förderung an den Förderschulen besser ist als im allgemeinbildenden System.

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, warnt vor einer vorzeitigen Schließung von Förderschulen so lange noch ein Bedarf besteht. Er sieht die Zahlen als Beweis dafür, dass an den allgemeinbildenden Schulen vom Land mehr Mittel für Inklusion zur Verfügung gestellt werden müssen. Man sollte die Zahlen daher dem Land zur Verfügung stellen.

Frau Hölzing, sachkundige Einwohnerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), erinnert sich, dass die Verwaltung im vergangenen Jahr Gespräche mit den Leitungen der Hauptschulen über die weitere Entwicklung führen wollte. Sie bittet um eine Darstellung der Ergebnisse aus diesen Gesprächen.

Frau Dr. Klein antwortet, dass im Dezember 2016 ein Gespräch mit allen Hauptschulleitungen geführt wurde. Die Schulleitungen wiesen dabei auf die Qualität ihrer Arbeit hin und sorgten sich um weitere Schließungen. 2 Hauptschulleitungen erhielten daraufhin im Frühjahr im Rahmen der Jahresbilanzpressekonferenz die Gelegenheit, ihre Arbeit darzustellen.

Herr Dr. Schlieben erinnert daran, dass die Politik aus Köln durchgängig darauf hingewiesen hat, dass nach ihrer Meinung die sachlichen und personellen Mittel für Inklusion nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt wurden, um diese umfassend erfolgreich durchzuführen. Der Ausgleich von Defiziten in diesem Bereich sei eine offene Aufgabe für die neue Landesregierung. Im Koalitionsvertrag sei auch die „umgekehrte Inklusion“ enthalten (als Beispiel wurde im Ausschuss die Anna-Freud-Schule dargestellt), die bisher schulrechtlich nicht geregelt war. Die dadurch möglichen Impulse müsse man weiter beobachten. Möglicherweise haben die Eltern künftig ganz neue Wahlmöglichkeiten.

Frau Hölzing möchte wissen, welche Hauptschulen noch geschlossen werden sollen.

Herr Pfeuffer antwortet, dass man gegenwärtig nicht daran denke, eine der bestehenden 13 Hauptschulen zur Schließung vorzuschlagen, zumindest so lange eine hinreichende Nachfrage besteht und keine Handlungsnotwendigkeiten bestehen. Man habe nicht vorgehabt, alle Hauptschulen umstandslos zu schließen.

Hauptschulen wurden in der Regel nur dort geschlossen, wo die Nachfrage so stark zurückging, dass keine neuen Eingangsklassen mehr gebildet werden konnten, weil dies nach den schulrechtlichen Vorschriften so vorgesehen ist. Momentan gibt es keinen Anlass zur Schließung weiterer Hauptschulen in Köln so lange die Zahlen stabil bleiben. Er sei jedoch nicht auszuschließen, dass sich der Trend zu sinkenden Anmeldezahlen fortsetzt. Dann könnten die Vorschläge aus der aktualisierten Schulentwicklungsplanung als Handlungsoptionen zum Erhalt von Schulplätzen greifen. Der Standort Großer Griechenmarkt wurde als Teilstandort der Gesamtschule Innenstadt zur Diskussion gestellt. Nach Abschluss der Diskussion und einer einhelligen politischen Meinung wurde diese Idee ruhend gestellt. Eine Schließung ist deshalb aktuell nicht vorgesehen.

Frau Ruffen weist darauf hin, dass die Hauptschule am Großen Griechenmarkt oft nur zwei Eingangsklassen hat, aber ab der 7.Klasse wegen der Abschlüssen meist 3 bis 4 Klassen führt. Diese Plätze müssen auch weiterhin erhalten bleiben.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

3.1.4 Mündliche Nachfrage von Herrn Ciesla-Baier zur Vorlage 0746/2017 in der Sitzung vom 25.04.2017 1603/2017

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**3.1.5 Fehlende Räumkapazitäten, Schulbaunotstand,
Computerräume ./ Containereinheiten
1973/2017**

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**3.1.6 100. Geburtstag von Heinrich Böll
1986/2017**

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, sieht seine Anfrage nicht zufriedenstellend beantwortet. Es sei seine Absicht gewesen, dass man die Schulen aktiv zu entsprechenden Aktivitäten ermuntert.

Frau Heuer weist darauf hin, dass die Schulverwaltung dafür keine personellen Ressourcen hat. Man könne als Schulträger bei den Schulrätinnen und Schulräten des Schulamtes keine inneren Schulangelegenheiten beauftragen.

Herr Dr. Gutzeit erwidert, dass ihm ein Schreiben als Erinnerung an alle Schulen gereicht hätte. Er wird sich nochmals Gedanken über andere Möglichkeiten machen und gegebenenfalls konkrete Vorschläge einbringen.

Frau Dr. Klein erinnert an das Schulfest der Heinrich-Böll-Gesamtschule, welches sehr beeindruckend war und unter aktiver Beteiligung der gesamten Schülerschaft stattfand, die sich intensiv mit dem Werk Heinrich Bölls auseinandergesetzt hatte. Die Initiative dazu muss aber von den Schulen selbst kommen und kann nicht von jeder Schule erwartet werden.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**3.1.7 Beantwortung der Anfrage AN/0435/2017 nach § 4 Geschäftsordnung
des Rates zu Sachmittelzulage pro Schüler
1834/2017**

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), bittet um Wiedervorlage dieser Antwort für eventuelle Rückfragen zur nächsten Sitzung.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, hält es für bemerkenswert, dass sowohl Düsseldorf als auch Essen mit erheblich weniger Schulen und Schülern ein deutlich höheres Budget für Ersatzbeschaffungen an Schulen bereitstellen als Köln. Dies müsse im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zwingend nochmals überdacht werden, weil ein Handlungsbedarf bestehe.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Alternative Planungen für den „Altbau“ der Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule AN/0855/2017

"Alternative Planungen für den "Altbau" der Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule" 1858/2017

Frau Dr. Klein geht nach dem derzeitigen Sachstand davon aus, dass der Neubau der Schule im Sommer 2018 fertiggestellt ist. Die Container im Park an der Paul-Humburg-Straße müssen dann zurückgebaut werden, ggf. auch einige alte Einheiten auf dem Schulgelände. Daneben gibt es dort auch gute mobile Einheiten, die etwa 5 Jahre alt sind und die man weiter nutzen könnte. Der Altbautrakt mit den Toilettenanlagen ist sanierungsbedürftig. Aktuell finden Gespräche mit der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln statt. Eine Bau- bzw. Sanierungsmaßnahme an diesem Standort ist jedoch aktuell nicht personalisiert. Die Schulverwaltung ist aber der Meinung, dass die noch brauchbaren mobilen Einheiten nicht entfernt werden sollten. Man könne diese Immobilien ab Sommer 2018 für zwei weitere Züge für die Gesamtschule bereitstellen. Die Schulkonferenz hat sich dagegen ausgesprochen, weil dies nicht in ihr Konzept passe. In der Diskussion um die Folgenutzung des Standortes wurde auch über die Errichtung einer Sekundarschule diskutiert. Der Verwaltung ist die bisher in Köln fehlende Akzeptanz für eine Sekundarschule bewusst. Ein Genehmigungsverfahren wäre deshalb risikobehaftet. Die Schule hat vorgeschlagen, dass dort ein Interim im Aufbau einer Gesamtschule Schmiedegasse entsteht. Eine neue Gesamtschule in der Schmiedegasse kann nach dem Bauzeitenplan nicht absehbar starten. Deshalb schlägt die Verwaltung vor, in den brauchbaren mobilen Einheiten zwei zusätzliche Züge einzurichten und den Altbau sukzessive zu sanieren. Auch dies hat die Schule abgelehnt. Bei fehlenden Schulplätzen können für Gesamtschulplätze nutzbare Schulklassen in Köln nicht leer stehen. Die Verwaltung bereitet daher aktuell eine Beschlussvorlage zur Beratung nach der Sommerpause vor.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), wünscht als Mutter eines Schülers an der Schule in Bezug auf die Gesamtschule Schmiedegasse, dass die Prozesse schneller umsetzbar wären. Die Schule wünsche sich die Räume des Neubaus sehr, möchte vierzünftig bleiben und hat begleitend ein pädagogisches Konzept vorgelegt. Frau Kessing bittet darum, nochmals zu überlegen, ob eine Sekundarschule ein geeignetes Model für Köln sein könnte. Diese müsste mindestens dreizünftig sein, sodass eine Klasse mehr geschaffen werden könnte und man einen festen Kooperationspartner hätte. Das würde voraussetzen, dass man für diese Schulform auch wirbt.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, erinnert daran, dass man nach Durchführung einer Elternbefragung mangels Nachfrage entschieden hat, dass man die Schulform Sekundarschule in Köln nicht anbieten wolle.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass dieser Vorschlag von der Schule kam. Es fehlen Gesamtschulplätze und nebenan steht eine in großen Teilen brauchbare Immobilie zur Verfügung. Deshalb schlägt die Verwaltung vor, gegen den Willen der Schule dort 2 Züge für die Gesamtschule einzurichten, sodass dort 2 zusätzliche Eingangsklassen zur Verfügung stehen.

Frau Hauser, sachkundige Bürgerin (CDU), fragt, ob man dort auch ein Gymnasium einrichten könnte und ob sich die zuständige Bezirksvertretung zu dem Thema geäußert habe.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, erinnert daran, dass man in der Schulentwicklungsplanung für Köln die Sekundarschule an allen möglichen Standorten durch andere Schulformen ersetzt habe. Wegen der zahlreichen fehlenden Plätze an Gesamtschulen halte seine Fraktion die Bereitstellung neuer Plätze an Gesamtschulen für vorrangig.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erklärt, dass das Konzept einer Sekundarschule mit einer Gesamtschule ohne Oberstufe vergleichbar sei. Sie wäre eine ideale Ergänzung zur Gesamtschule Nippes, die dann als Kooperationspartner für die Oberstufe bereit stehen könnte. Man müsse den Eltern diese mögliche Option nur erklären. Er kann sich auch vorstellen, an diesem Standort zunächst eine Sekundarschule einzurichten, die in eine Gesamtschule überführt wird, wenn die Gesamtschule Schmiedegasse fertiggestellt wird. Er fragt nach, ob man tatsächlich 3 Jahre für den Bebauungsplan und weitere 3 Jahre für die Schulplanung benötigt, so dass der Bau mindestens 8 Jahre dauert. Wenn man die Planung gleichzeitig mit dem Bebauungsplanverfahren durchführen würde, könnte man eine erhebliche Verkürzung erreichen. Er plädiert dafür, keinen Druck auf die Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule auszuüben.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), warnt davor, in Köln die Sekundarschule als weitere Schulform einzuführen. In wenigen kleineren nicht dicht besiedelten Gemeinden funktioniert sie mangels einer Alternative, aber für eine Großstadt ist eine neue einzelne Schule nicht praktikabel. Der Schulraum in Köln sei knapp und müsse sinnvoll genutzt werden. Hier eine Ausnahme zu genehmigen unter Hinweis auf das pädagogische Konzept der Schule sei gegenüber den anderen Schulen in Köln nicht vertretbar.

Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin (SPD), antwortet Herrn Thelen, dass der entscheidende Unterschied zwischen einer Sekundarschule und einer Gesamtschule ist, dass sie additiv oder integriert geführt werden kann, wobei dies die Schule selbst entscheidet. Wenn sie sich für eine additive Führung entscheidet, handelt es sich nicht um ein integriertes System. Es besteht dann die Gefahr, dass sie zu einer Restschule werde. Eine sechszügige Gesamtschule sei für das Angebot einer Differenzierung in der Sekundarstufe I und für die Bildung einer Sekundarstufe II organisatorisch optimal. Alle anderen Gesamtschulen in der Stadt nehmen mehr Klassen auf als sie nach ihrem pädagogischen Konzept vorgesehen haben.

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, schließt sich den Ausführungen zur Gesamtschule von Frau Ruffen und Frau Naegele an. Eine Schule ohne Oberstufe sei keine integrierte Schulform. Auch seine Fraktion würde eine Zügigkeitserweiterung für die Carl-Ossietzky-Gesamtschule vorziehen, wenn die Verwaltung versichert, dass auf dem Gelände kein Erweiterungsbau möglich ist und es in der Nähe kein Schulgrundstück für eine vierzügige Gesamtschule für den Bereich Longerich gibt.

Herr Dr. Schlieben erklärt, dass auch er nicht überzeugt ist, dort eine Sekundarschule einzurichten. Er hält die Argumente der Schulkonferenz für sachfremd, weil sie nichts mit der Stärke der Sekundarschule zu tun haben und die Sekundarschule keinen Mehrwert erbringt. Er kann die Beweggründe der Schule nachvollziehen, aber die Schaffung neuer Gymnasialplätze oder Gesamtschulplätze sind für ihn vorrangig. Er fragt nach, warum dort eine dreizügige Sekundarschule möglich sein soll aber kein dreizügiges Gymnasium.

Frau Dr. Klein antwortet, dass ein Gymnasium wegen der Oberstufe mehr Raumbedarf hat. Das Grundstück sei dafür nicht groß genug. Deshalb mussten die mobilen Einheiten auch im Park errichtet werden. Die Bezirksvertretung Nippes habe im Rahmen der Schulentwicklungsplanung die Einrichtung von zwei neuen Zügen abgelehnt.

Herr Dr. Schlieben bittet darum, baldmöglichst eine entsprechende Beschlussvorlage vorzulegen, damit eine politische Meinungsbildung frühzeitig möglich ist. Auch die Bezirksvertretung Nippes sollte hinreichend Gelegenheit bekommen, das Thema erneut zu diskutieren.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

3.2.2 Reinigung in Schulen verbessern AN/0933/2017

Eine Antwort der Verwaltung lag noch nicht vor.

3.2.3 Feinstaubmessungen rund um Kölner Schulen AN/0938/2017

Eine Antwort der Verwaltung lag noch nicht vor.

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Errichtung eines Bildungsgangs Elektroniker und Elektronikerinnen für Automatisierungstechnik am Werner-von-Siemens- Berufskolleg (BK 19) 1548/2017

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

"Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die Errichtung des Bildungsgangs

Fachklasse des dualen Systems der Berufsausbildung gem. § 2 Abs. 3 und § 7 der Anlage A zur Ausbildungs- und Prüfungsordnung Berufskolleg (APO-BK) im Ausbildungsberuf Elektroniker und Elektronikerin für Automatisierungstechnik

am Werner-von-Siemens-Berufskolleg, Eitorfer Str. 18, 50679 Köln (BK 19)."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Einleitung von Vergabeverfahren und Abschluss von Rahmenverträgen für den Schulbereich 1497/2017

Herr Dr. Schlieben ruft die Beschlussvorlage auf und stellt sie zur Diskussion. Da keine Wortmeldungen oder Rückfragen vorliegen, lässt er über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

"Die Verwaltung wird ermächtigt, zum Zweck des Abschlusses der in Anlage 1 genannten Rahmenverträge die jeweiligen Vergabeverfahren durchzuführen.

Der Rat verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.3 Zügigkeitserweiterung des Stadtgymnasiums Köln-Porz, Gymnasium Humboldtstraße 2-8, 51145 Köln in Köln-Porz zum Schuljahr 2018/19 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen 1714/2017

Herr Dr. Schlieben lässt die Beschlussvorlagen unter TOP 4.3 bis TOP 4.8 gemeinsam diskutieren.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), kann nicht verstehen, warum die Vorlagen als dringlich bezeichnet werden, obwohl keine baulichen Maßnahmen vorgesehen sind und warum keine Schulkonferenzbeschlüsse vorliegen. Sie möchte wissen, welche baulichen Maßnahmen erforderlich sind, damit die Mehrzügigkeit umgesetzt werden kann und wann die Schulen aufgefordert wurden, die zugehörigen Schulkonferenzbeschlüsse zu fassen.

Frau Dr. Klein erklärt, dass keine großen Baumaßnahmen erforderlich sind, weil es ein Zügigkeitserweiterungen im Bestand ist. Die Beschlüsse sollen frühzeitig Klarheit über zusätzliche Schulplätze schaffen, weil bereits die Planungen für das Schuljahr 2018/19 unter Einbeziehung der Bezirksregierung aufgenommen wurden. Die Schülerzahlen im Schuljahr 2018/2019 werden höher sein als 2017/2018.

Frau Kessing bittet, Planungen frühzeitiger anzukündigen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, erklärt, dass seine Fraktion allen Vorlagen wegen der fehlenden Schulplätze zustimmen wird. Er geht davon aus, dass die Voten der Schulkonferenzen noch bis zur Ratssitzung nachgereicht werden.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), fragt, ob Zügigkeitserweiterungen im Bestand die Umwidmung von Fachräumen zur Folge haben oder ob Fachunterricht in Klassenräumen stattfinden muss.

Frau Heuer weist darauf hin, dass die Zügigkeitserweiterungen an den Gymnasien, mit Ausnahme des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums auf Initiativen der Schulen zurückgehen. Ein Abgleich mit den Fachraumkapazitäten ist erfolgt.

Auch Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vermisst die Zustimmungen der Schulkonferenz. Diese würden aber oftmals unter bestimmten Vorbehalten beschlossen. Zu entscheiden habe letztlich die Bezirksregierung, ob eine Zügigkeitserweiterung im Bestand erfolgen darf, die ihrerseits prüfe, ob hinreichend Fachräume vorhanden sind. Deshalb könne ein Beschluss auch ohne vorliegende Konferenzbeschlüsse gefasst werden.

Frau Dr. Klein erklärt, dass nach derzeitigem Kenntnisstand alle Schulen -mit Ausnahme des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums- die Vorschläge mittragen und die Beschlüsse bis zur Ratssitzung nachgereicht werden.

Herr Hölzer ergänzt, dass es noch Diskussionsbedarf an der Realschule in der Petersenstraße und am Stadtgymnasium Porz gibt. In Porz kam der Vorschlag von der Schulleitung, wobei sich die Schulkonferenz in der ersten Sitzung vertagt hat. Bis zur Ratssitzung werden die Schulkonferenzen einen Beschluss gefasst haben.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, fragt, was für Konsequenzen ein ablehnender Beschluss der Schulkonferenz hätte.

Frau Dr. Klein antwortet, dass es kein Entscheidungsrecht der Schulen gibt, sondern lediglich ein Anhörungsrecht.

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, erklärt für seine Fraktion, dass man die Vorlage mitträgt unter dem Vorbehalt, dass jeweils bis zur Ratssitzung ein Votum der Schulkonferenz nachgereicht wird. Das Votum der Schulkonferenz sei ein Diskussionsbeitrag, den der Rat bei seiner Entscheidung berücksichtigen oder diskutieren kann.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, wünscht sich ein Flächenkataster der Pausenflächen an den betroffenen Schulen.

Frau Halberstadt-Kausch, SPD-Fraktion, hält es für ein gutes Recht der Schulen, dass sie in ihren Konferenzbeschlüssen vornehmlich die Situation ihrer Schule im Blick haben. Ebenso dürfen sich die Bezirksvertretungen vornehmlich auf die Situation ihres speziellen Bezirkes beziehen. Der Rat und seine Ausschüsse müssen dagegen die Verantwortung für die Gesamtstadt übernehmen, der man bei der Entscheidung über die Vorlagen gerecht werden müsse. Damit alle Kinder untergebracht werden können, könne daher für die Ratsmitglieder nur die Frage ausschlaggebend sein, ob genügend Raum vorhanden ist. Sie geht davon aus, dass die Verwaltung bei der Erstellung der Vorlagen diese Frage ordnungsgemäß geprüft hat.

Herr Dr. Zimmermann erwidert, dass die Raumpläne der Schulen ursprünglich Gültigkeit besaßen und mit einer Zügigkeitserweiterung notgedrungen außer Kraft gesetzt werden. Zügigkeitserweiterungen führen nach seiner Meinung zu Qualitätseinbußen beim Lernen. Sollte man den Vorlagen zustimmen, so sollte man diese dringend auch wieder rückgängig machen, sobald sich eine Möglichkeit dazu ergibt.

Herr Thelen stellt klar, dass sich die Schulen bisher nicht ihrer gesamtstädtischen Verantwortung verweigert und viele Schulen Mehrklassen eingerichtet hätten. Wenn Schulen eine starke Nachfrage erfahren, seien sie in der Regel auch zur Bildung von Mehrklassen bereit. Es stehe außer Frage, dass alle Mitglieder des Ausschusses das Ziel haben, Schulplätze für alle Kinder zu schaffen, notfalls durch Notmaßnahmen. Es sei sinnvoll, Mehrzügigkeiten zu beschließen, wenn dies mit dem vorhandenen Raumangebot möglich ist. Ob dies möglich ist, werde letztlich nochmals von der Bezirksregierung im Rahmen der Genehmigung überprüft. Deshalb könne man den Vorlagen ohne Bedenken zustimmen.

Herr Kockerbeck fragt nach, ob das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium bereits in der Vergangenheit 4 Klassen gebildet hat.

Herr Dr. Schlieben erklärt, dass das Verfahren vorsieht, dass die Zügigkeitserweiterung durch die Bezirksregierung genehmigt werden müssen. Er fasst zusammen, dass man sich eine frühere Versendung der Vorlagen unter Beilage bereits gefasster Konferenzbeschlüsse gewünscht hätte. Man sehe aber die Notwendigkeit einer Beschlussfassung. Deshalb lässt er im Anschluss an die Diskussion einzeln über die Beschlüsse zu Zügigkeitserweiterungen abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

1. „Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Zügigkeitserweiterung des Stadtgymnasiums Köln-Porz, Gymnasium Humboldtstraße 2-8, 51145 Köln in Köln-Porz von 4 Zügen in der Sekundarstufe I und 5 Zügen in der Sekundarstufe II auf 5 Züge in der Sekundarstufe I und 7 Züge in der Sekundarstufe 2 zum Schuljahr 2018/19.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.
3. Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.4 Zügigkeitserweiterung des Genoveva-Gymnasiums, Gymnasium Genovevastraße 58-62, 51063 Köln in Köln-Mülheim zum Schuljahr 2018/19 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen 1715/2017

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

1. „Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Zügigkeitserweiterung des Genoveva-Gymnasiums, Gymnasium Genovevastraße 58-62, 51063 Köln in Köln-Mülheim von 3 Zügen in der Sekundarstufe I und 6 Zügen in der Sekundarstufe II auf 4 Züge in der Sekundarstufe I und 6 Züge in der Sekundarstufe II zum Schuljahr 2018/19.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.
3. Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.5 Erweiterung der Realschule am Rhein, AufbauRS Niederichstraße 1-3, 50668 Köln in Köln-Altstadt/Nord nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen um einen Realschulzweig im 5. und 6. Schuljahr, aufbauend ab Schuljahr 2018/19 mit Umzug in die BAN 1718/2017

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

1. „Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Erweiterung der Realschule am Rhein, Aufbaurealschule Niederichstraße 1-3, 50668 Köln in Köln-Altstadt/Nord um einen Realschulzweig im 5. und 6. Schuljahr, aufbauend ab Schuljahr 2018/19 mit Umzug in die Bildungslandschaft Altstadt Nord.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.
3. Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.6 Zügigkeitserweiterung der Käthe-Kollwitz-Schule, Realschule Petersenstraße 7, 51109 Köln in Köln-Brück zum Schuljahr 2018/19 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen 1720/2017

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

1. „Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Zügigkeitserweiterung der Käthe-Kollwitz-Schule, Realschule Petersenstraße 7, 51109 Köln in Köln-Brück von 3 Zügen auf 4 Züge in der Sekundarstufe I zum Schuljahr 2018/19.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.
3. Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.7 Zügigkeitserweiterung des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Gymnasium Severinstraße 241, 50676 Köln in Köln-Altstadt/Süd zum Schuljahr 2018/19 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen 1721/2017

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

1. „Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Zügigkeitserweiterung des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Gymnasium Severinstraße 241, 50676 Köln in Köln-Altstadt/Süd von 3 Zügen in der Sekundarstufe I und 5 Zügen in der Sekundarstufe II auf 4 Züge in der Sekundarstufe I und 6 Züge in der Sekundarstufe 2 zum Schuljahr 2018/19.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.
3. Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.8 Zügigkeitserweiterung der Grundschule Flittard, GGS Am Feldrain, Am Feldrain 10, 51061 Köln-Flittard gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 2,5 auf 3 Züge 1722/2017

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

- 1) „Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Zügigkeit der Grundschule Flittard, GGS Am Feldrain, Am Feldrain 10, 51061 Köln-Flittard gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 2,5 auf 3 Züge zu erweitern. Dabei werden 2 Züge für den Teilstandort Am Feldrain und unverändert 1 Zug für den Teilstandort Peter-Grieß-Straße festgelegt.
- 2) Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Zügigkeitsänderung zu stellen.
- 3) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Ausführung des Beschlusses zu 1 die sofortige Vollziehung gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 VwGO (besonderes öffentliches Interesse) anzuordnen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.9 Stellenmehrbedarf zur Umsetzung des Landesförderprogramms "Gute Schule 2020" 1437/2017

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, weist darauf hin, dass die Vorlage als Tischvorlage nicht angemessen geprüft werden konnte. Er sieht sich nicht in der Lage, kompetent über das Ausmaß des Personalbedarfes abzustimmen und schlägt deshalb vor, die Vorlage ohne eigenes Votum in die nachfolgenden Gremien weiterzugeben.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), schließt sich für ihre Fraktion diesem Wunsch an. Da die Personalkosten aus dem allgemeinen Haushalt finanziert werden müssen, sei der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nicht befugt, alleine über den hohen Betrag von rund 1,4 Millionen Euro zu bestimmen.

Frau Dr. Klein bittet um wohlwollende Prüfung und erklärt dazu, dass der Stellenbedarf verwaltungsintern intensiv geprüft wurde. Die vorgelegte Beschlussvorlage stellt den Mindestbedarf an zusätzlichen Stellen zur Umsetzung des Förderprogramms mit einem jährlichen Volumen von 25 Millionen Euro dar. Wenn der Landesrechnungshof bei der anschließenden Prüfung Fehler bei der Umsetzung bemängelt, besteht die Gefahr, dass die Stadt Köln die abgerufenen Fördergelder zurückzahlen muss. Ohne die hier aufgeführten personellen Ressourcen müssten deshalb die Landesmittel zurückgegeben werden, weil die vorgesehenen Maßnahmen mit dem vorhandenen Personal nicht bearbeitet werden können.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, sähe es als größte denkbare Katastrophe, wenn die zusätzlich bereitstehenden 4 x 25 Millionen Euro nicht verwendet werden könnten. Seine Fraktion könne der Vorlage zustimmen, respektiere aber den Wunsch der beiden Vorredner.

Auch Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, ist für seine Fraktion damit einverstanden, die Beschlussvorlage ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf zu geben. Er hat eine Nachfrage zur „Anlage 1 b – Jahrespersonalkosten Beschäftigte 2017“: Im Bereich 7 ist bei den Verwaltungsstellen eine Stelle in der Entgeltgruppe EG E2 mit 38.500 Euro aufgeführt. Er möchte wissen, was dies für eine Stelle sei.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, erklärt, dass ihre Fraktion dafür ist, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu geben.

Herr Dr. Schlieben bittet die Verwaltung, die Nachfrage von Herrn Kockerbeck bis zur Sitzung des AVR am 03.07. zu beantworten.

(Anmerkung des Schriftführers: Bei Anlage 1b handelt es sich um eine Referenzliste der durchschnittlichen Jahrespersonalkosten je Entgeltgruppe im Jahr 2017. Da für die Umsetzung des Programms Gute Schule 2020 keine E2-Stelle vorgesehen ist -vgl. Anlage 2-, ist diese Zahl irrelevant.)

Frau Heuer führt aus, dass in der Vorlage die benötigten Stellen für 3 verschiedene Ämter aufgeführt sind. Das Personalamt habe besonders im Bereich des Amtes für Informationstechnik einige Stellen abgewertet, die ursprünglich höher angesetzt waren. Insbesondere im Bereich Digitalisierung können ohne die aufgeführten zusätzlichen Stellen keine weiteren Maßnahmen erfolgen. Man habe beschlossen, dass man den Schulen mit den jetzt zur Verfügung gestellten Mitteln spürbare Verbesserungen schaffen wolle. Wenn nun der Schulausschuss beim erforderlichen Stellenbedarf kein positives Zeichen gebe, hat sie die Befürchtung, dass die nachfolgenden Gremien ihre Zustimmung verweigern könnten.

Frau Ruffen erklärt, dass man die Vorlage nicht behindern möchte.

Frau Heuer erwidert, dass man nicht verschwiegen habe, dass ein Umsetzen des Förderprogramms nur mit zusätzlichem Personal möglich sei.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf gegeben.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Fraktion die Linke bei Enthaltung der SPD-Fraktion **einstimmig zugestimmt.**

5 Mitteilungen

**5.1 VHS Köln als Beratungsstelle für Fachberatung zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen zugelassen
1363/2017**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.2 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln"
Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Sozialraum
Meschenich und Rondorf
1420/2017**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.3 Geplante Realisierung einer Gesamtschule Lindenthal an den
Teilstandorten Berrenrather Straße und Euskirchener Straße
1219/2017**

Frau Dr. Klein erklärt, dass die Verwaltung die Mitteilung auf die Tagesordnung gesetzt hat, um sich ein Bild von den Meinungen der Politik machen zu können.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), möchte wissen, ob man auch gegen das Votum einer Schulkonferenz eine Umwandlung in eine andere Schulform durchführen kann.

Frau Dr. Klein antwortet, dass es rechtlich nur ein Anhörungsrecht gibt, das zur Kenntnis genommen werden kann, ohne dass man dem Vorschlag folgen muss. Eine Entscheidung der Verwaltung ist aber nur sinnvoll, wenn sie von einer politischen Mehrheit unterstützt wird. Die Bezirksvertretung wollte weitere Gespräche mit der Theodor-Heuss-Realschule führen, welche den Vorschlag der Verwaltung ablehnt.

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, war von der Mitteilung überrascht. Bei jährlich über 700 abgewiesenen Schülerinnen und Schülern an Gesamtschulen bestehe ein hoher Handlungsbedarf. Neue Gebäude lassen sich kurzfristig nicht errichten. Er kann sich die ablehnende Haltung der Theodor-Heuss-Realschule nur mit einer Ungewissheit darüber erklären, wer aus dem Lehrpersonal nach Umwandlung weiterhin an dieser Schule unterrichten darf. Wenn man dies jeweils vorher wüsste, wäre mit mehr Offenheit zu rechnen. Die Bezirksregierung Köln müsse Ungewissheiten frühzeitig aufklären. Seine Fraktion ist entsetzt über die ablehnende Entscheidung der Schul-

konferenz, wird sich aber mit den Begründungen des Lehrerkollegiums auseinandersetzen, weil diese Personen die Schule auch weiterhin betreiben müssen. Er hält eine Zustimmung nach Abwägung der Argumente für möglich.

Auch Herr Philippi, SPD-Fraktion, bedauert das ablehnende Votum der Theodor-Heuss-Realschule, ist aber von der Begründung nicht überzeugt. Er hält es grundsätzlich für richtig, die Schulentwicklungsplanung im Dialog mit den Schulen durchzuführen. Da die Anmeldesituation für beide Schulen im kommenden Schuljahr positiv ist, drängt die Entscheidung nicht. Da aber viele Gesamtschulplätze fehlen, empfiehlt er, mit den Schulen zeitnah nochmals ein Beratungsgespräch zu führen, damit der Standort bei Bedarf zur Verfügung stünde. Seine Fraktion hält eine Gesamtschule am Standort für sinnvoller als ein Festhalten am Zustand.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin (CDU), erklärt, dass die Theodor-Heuss-Realschule lange keine Schulleitung hatte und viele neue Projekte aufgegriffen hat. Die Schüler beider Schulen stammten aber nicht alle aus dem direkten Umfeld der Schule. Die Schülerinnen und Schüler reisen zum Teil weit an. Vor dem Hintergrund der besonderen Bedarfssituation für Gesamtschulplätze in Lindenthal hält sie eine Entscheidung für eine Umwandlung für vernünftiger. Diskussionen über Umwandlungen führen in der Regel zum Rückgang der Anmeldezahlen, sobald sie öffentlich bekannt werden, weil dadurch eine Unsicherheit über die Zukunft des Standortes bei den Eltern geschaffen wird. Sie schlägt vor, kurzfristig eine verlässliche Planungsentscheidung für die Zukunft zu treffen, die potenziellen Eltern Sicherheit über die Zukunft der Schule gibt.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, bittet darum, den neuen Schulleiter Herrn Achtergarde, der bereits einmal in den Ausschuss eingeladen war, aber damals entschuldigt nicht erschienen ist, kurzfristig erneut in den Ausschuss einzuladen, um die Situation seiner Schule zu schildern.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, mahnt zur Besonnenheit, da bei den aktuellen Anmeldezahlen noch kein dringender Bedarf für eine kurzfristige Entscheidung besteht. Sie möchte wissen, ob an dieser Stelle keine Alternativen zur Realisierung einer Gesamtschule vorhanden sind, indem beispielsweise nur eine der beiden Schulen umgewandelt wird. Eine Lösung müsse im Dialog gemeinsam mit den Schulen gefunden werden.

Frau Dr. Klein antwortet, dass sich allein am Standort der Elsa-Brandström-Realschule keine Gesamtschule gründen lässt. Eine Immobilie auf der anderen Straßenseite gehört der russischen Föderation und kann wegen unklarer Eigentümerverhältnisse nicht erworben werden.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), hält es für sinnvoll, im Stadtbezirk Lindenthal eine Realschule zu erhalten. Die Gründung einer Gesamtschule mit 2 Teilstandorten, die 1,4km voneinander entfernt liegen, hält er für nicht glücklich. Er schlägt vor, dass man intensiver prüft, ob dort tatsächlich keine weiteren Grundstücke zu finden sind, die man zur Errichtung einer Gesamtschule erwerben könnte. Er regt an, zu überlegen, ob man in der Nähe der Euskirchener Straße die Immobilie in der Mommsenstraße verändern könnte, um dort ein kleineres Grundstück für eine neue Nutzung zu finden.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bedauert, dass die Gesamtschule an den beiden Standorten kurzfristig nicht zustande kommt. Auch er schlägt vor, die Geländesituation erneut auf Erweiterungsmöglichkeiten zu prüfen.

Frau Heuer erwidert, dass ein Neubau im Rahmen der aktuellen Verfahren nicht unter 10 Jahre realisierbar ist.

Herr Dr. Schlieben schlägt vor, dass man sich im Herbst weiter damit beschäftigt. Grundsätzlich sei man bereit, allen Schulen, die zu einer Umwandlung bereit sind, eine solche zu ermöglichen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.4 Jahresbericht 2016 des Amts für Weiterbildung/Volkshochschule liegt vor
1595/2017**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.5 BAMF zu Gast bei der VHS Köln
1643/2017**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.6 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln"
Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Sozialraum
"Buchheim und Buchforst sowie Mülheim-Nord und Keupstraße"
1534/2017**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.7 Bericht über den Besuch einer Kölner Bildungsdelegation in
Peking und Shanghai im Mai 2017
1739/2017**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erinnert sich daran, dass der Ausschuss früher gelegentlich an anderen Standorten getagt hat und wünscht sich sinnvolle Exkursionen beispielsweise zum Geschwister-Scholl-Gymnasium in Pulheim, das den Jakob-Muth-Schulpreis für zieldifferenziertes Unterrichten erhalten hat, um die Schule zu besichtigen. Auch eine Exkursion nach Finnland, Kopenhagen oder Zürich kann er sich gut vorstellen, um andere Schulsysteme anzuschauen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.8 Aktueller Planungsstand zur Realisierung von
Jugend- und Bildungsinfrastruktur im Bereich Sürther Straße/
Am Feldrain und Eyselshovener Straße
1653/2017**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.9 Schulentwicklungsplanerische Konzeption für den
Schulstandort Heerstraße 7, 51143 Köln
1710/2017**

Herr Dr. Schlieben bedankt sich für die Mitteilung. Seine Fraktion wird die Vorschläge prüfen und klären, was mittelfristig umsetzbar wäre.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.10 Rucksack, Koordinierte Sprachförderung und Elternbildung,
Fotodokumentation
1853/2017**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.11 KOMM-AN NRW
Programm zur Förderung der Integration von Flüchtlingen in den
Kommunen und zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements
in der Flüchtlingshilfe – Sachstandsbericht 2017
1862/2017**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.12 Ergebnis der Bedarfsabfrage bei Eltern ohne erfüllten Erst- und Zweit-
wunsch hinsichtlich von Mehrklassen des Georg-Büchner-Gymnasiums
in Widdersdorf / Beratungsgespräch mit Eltern / Lösungen für wohnort-
nähere Schulplätze
1994/2017**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dankt der Schulverwaltung, der Bezirksregierung und den Schulen, dass am Apostelgymnasium eine weitere Mehrklasse eingerichtet werden konnte.

Herr Dr. Schlieben bedauert, dass man nach dem großen Aufwand in Widdersdorf keine Mehrklasse einrichten konnte, weil nur 26 von 159 angeschriebenen Eltern das Angebot annehmen wollten. Das hätte er so nicht erwartet. Auch er begrüßt die Mehrklasse am Apostelgymnasium und dass sich aktuell auch in den anderen Härtefällen wohnortnähere Lösungen abzeichnen.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass die starken Proteste von Elternschaft und Öffentlichkeit die Entscheidungsfindung auf den Ebenen Bezirksregierung, Internationalen Friedensschule und am Apostelgymnasium stark beeinflusst haben. Durch die Bildung einer 3. Mehrklasse am Apostelgymnasium reduziert sich an diesem Standort jedoch die Möglichkeit, im kommenden Schuljahr weitere Plätze zu einzurichten. Sie ist der Schule sehr dankbar für ihre außergewöhnliche Kooperation. Auch im kommenden Schuljahr steigen die Schülerzahlen in Köln und speziell in Lindenthal. Die Verwaltung wird in Absprache mit der Bezirksregierung zum nächsten Schuljahr versuchen, das Verfahren zur Verteilung der Plätze zu optimieren, um Härtefälle zu minimieren.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, erinnert an die **Anfrage der Fraktion Die Piraten vom 20.04.2017 zur Reinigung von Schultoiletten (AN/0606/2017)**, ob das Bonner Modell der Reduzierung von Reinigungsleistungen in der Fläche zur Finanzierung einer Präsenzkraft anwendbar ist. Er habe davon gehört, dass Eltern zum Teil regelmäßig selbst Schultoiletten reinigen und möchte wissen, ob dies der Verwaltung bekannt ist und wie dies zum Gesamtkonzept der Reinigung passe.

Herr Dr. Schlieben bittet darum, die Antwort als Anlage zum Protokoll zur Verfügung zu stellen (siehe Hinweis am Ende der Niederschrift).

Herr May, BezirksschülerInnenvertretung, bezieht sich auf das Beschlussprotokoll zur Sitzung vom 30.01.2017 zum **Antrag AN/0040/2017**, TOP 2.1. Damals wurde beschlossen „Der Ausschuss Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, Lösungswege aufzuzeigen und zu bewerten, wie im Falle von Dependancen in einzelnen Schulen die **SV-Arbeit** sinnvoll sichergestellt werden kann.“ Er fragt, welche Lösungswege die Verwaltung bisher gefunden hat.

Frau Heuer antwortet, dass die zuständigen Sachgebiete noch in der Diskussion sind. Von den Schulen müsste klar benannt werden, welche Fahrten in welchem Umfang notwendig sind. Es habe Fälle gegeben, dass einzelne Schülerinnen und Schüler mit dem Taxi von einer Dependance zur anderen gefahren werden müssten. Ein solcher Fall ist von der Schülerfahrtkostenverordnung nicht vorgesehen, sodass die Verwaltung Probleme damit hat, diese Kosten zu erstatten. Wenn der Schulausschuss beschließt, dass solche Fahrten zu erstatten sind, muss zunächst die Finanzierung sichergestellt sein.

Herr Wirth, sachkundiger Einwohner (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), wiederholt seine Bitte um **Vorlage der Anmeldezahlen aus den Verteilerkonferenzen** im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung.

Frau Heuer erklärt, dass man die Zahlen vorlegt, sobald die definitiven Aufnahmezahlen der Gymnasien vorliegen. Für die Realschulen liegen die Zahlen vor, aber man wird eine gemeinsame Vorlage für Anmeldungen und Aufnahmen an Gesamtschulen, Realschulen und Gymnasien zusammenstellen, um die Personalkapazitäten nicht durch doppeltes Arbeiten zu belasten. Die Zahlen werden im Herbst vorgelegt.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, fragt nach schulformbezogenen **Standards bei der Vergabe von Projektmitteln aus dem Projekt „Gute Schule 2020“**.

Frau Heuer antwortet, dass es keine solchen Standards gibt. Es wurden die Wünsche der Schulen abgefragt. Die Verwaltung ist bemüht darum, dass diese mit den angemeldeten Mitteln umgesetzt werden können. Künftig will man prüfen, ob die Bezirke gleichmäßig bedacht wurden, wenn Personal dafür da ist. Nach Einrichtung der dazu benötigten Stellen sollen auch Berichte an den Ausschuss erstellt werden. Man hat nicht vor, schulformbezogene Standards zu entwickeln, wie eine Schule auszusehen hätte.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, schildert die Probleme der Stadtschulpflegschaft, einen **Sitzungsraum** zu bekommen und bittet um Unterstützung. Sie würden gerne regelmäßig im Bezirksamt Innenstadt mit eigenem Schlüssel einen Raum gemeinsam mit der BezirksschülerInnenvertretung nutzen.

Frau Heuer erklärt, dass es selbst dem Büro der Oberbürgermeisterin nicht gelungen ist, einen anderen Raum für die BezirksschülerInnenvertretung zu finden, weil in der Verwaltung ein extremer Raummangel herrscht. Personalzusetzungen können mangels geeigneter Büros kaum umgesetzt werden, sodass Büros und Sitzungsräume von immer mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gemeinsam genutzt und vorab ge-

bucht werden müssen. Im Bürgeramt Innenstadt bestehen keine Raumkapazitäten mehr.

Herr Goss erwidert, dass dort im Zeitraum von 19.30 bis 20 Uhr das gesamte Gebäude leer sei.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, fragt, ob man versucht habe, in Schulen zu tagen.

Herr Goss antwortet, dass dies in der Regel zu Konflikten mit den Hausmeistern führe, die dann Überstunden wegen der Sicherung und Schließung des Schulgebäudes machen müssten. Es sei erforderlich, jeweils eine Woche vor der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung zu tagen.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, erneuert ihre Anfrage zu den Anmeldeformularen der städtischen Schulen. In diesen werden oft die Bezeichnungen Vater und Mutter an Stelle von der vom Diversity-Konzept der Stadt Köln vorgesehenen **Formulierung „Erziehungsberechtigte“** verwendet. Sie bittet darum, an alle Schulen eine E-Mail zu versenden, dass die Formulierungen in den Formularen geändert werden müssen.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, hat eine E-Mail erhalten von einem Vater, der als Erziehungsberechtigter nicht im gleichen Haus mit der anderen Erziehungsberechtigten lebt, in deren Haushalt das Kind gemeldet ist. Von der Stadt Köln erhält er keine Post für das Kind. Sie möchte wissen, ob es möglich sei, beiden nebeneinander die Post zuzusenden.

Frau Heuer erklärt, dass in der Regel eine Adresse hinterlegt ist, die sich aus dem Melderegister ergibt. Man gehe davon aus, dass getrenntlebende Erziehungsberechtigte sich miteinander über die Angelegenheiten des Kindes austauschen.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), möchte wissen, ob der Vater ein Recht hat, selbst auch angeschrieben zu werden.

7 Verschiedenes

Köln, den 22.07.2017

Dr. Schlieben

Vorsitzender

Bernecker

Schriftführer

Hinweis: Die Anfrage der Fraktion Die Piraten vom 20.04.2017 zur Reinigung von Schultoiletten (AN/0606/2017) wird bis zur kommenden Sitzung am 11.09.2017 schriftlich beantwortet